

418 VERLETZUNGEN DES RECHTS AUF DIE VERTEIDIGUNG DER MENSCHENRECHTE IM ERSTEN QUARTAL 2024 IN VENEZUELA

30.04.2024

Platón Sebastian

Das erste Quartal des Jahres war geprägt von Stigmatisierung, Drohungen, Einschüchterungen und Schikanen gegen die Menschenrechtsbewegung, die die Integrität und Sicherheit von Menschenrechtsverteidiger*innen und -organisationen unmittelbar beeinträchtigen und darauf abzielen, die Zivilgesellschaft in Angst und Schrecken zu versetzen die sie daran hindert zu handeln, aus Angst, Opfer der repressiven Politik der Kriminalisierung und sozialen Kontrolle zu werden.

Das Zentrum für Verteidiger und Gerechtigkeit (Centro para los Defensores y la Justicia CDJ) hat im ersten Quartal 2024 418 Angriffe und Sicherheitsvorfälle dokumentiert, die den systematischen Charakter der Politik der Kriminalisierung derjenigen zeigen, die die Menschenrechte in Venezuela fördern, verteidigen und fordern.

Angriffe Quartal 2024

Im ersten Quartal 2024 verschärfte sich die Blockade des zivilen und demokratischen Raums im Vorfeld der Wahlen, was sich auf die Aktionen von Einzelpersonen und Organisationen der Zivilgesellschaft auswirkte.

Zwischen Januar und März 2024 wurden 418 neue Vorfälle registriert, die das Recht auf Verteidigung gefährden und beeinträchtigen, was einen Anstieg von 85 % gegenüber dem gleichen Zeitraum 2023 bedeutet, als 226 Situationen registriert wurden.

Vergleichende Angriffe Quartal 2024

Der venezolanische Staat wendete die repressiven Muster, die die Politik der Kriminalisierung, Repression und sozialen Kontrolle ausmachen, gegen diejenigen an, die an vorderster Front stehen und die Menschenrechte verteidigen, fordern und fördern.

In dieser Zeit wurden neue normative Schritte unternommen, um die bürgerlichen Freiheiten im Lande einzuschränken. Der Entwurf des Gesetzes über die Kontrolle, Regulierung, Leistung und Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen und verwandten Organisationen sowie der Entwurf des Gesetzes gegen Faschismus, Neofaschismus und ähnliche Erscheinungen stellen neue Bedrohungen für die Arbeit der Zivilgesellschaft dar und erhöhen das Risiko für Menschenrechtsorganisationen und -verteidiger*innen.

Die 418 dokumentierten Angriffe und Sicherheitsvorfälle spiegeln unter anderem die folgenden Hauptmuster von Aggression und Einschüchterung wider:

Charakterisierung Quartal 2024

Die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen und Menschenrechtsverteidiger*innen wird dadurch beeinträchtigt, dass verschiedene Behörden versuchen, sie mit kriminellen Aktivitäten, Destabilisierung und Angriffen auf den Frieden des Landes in Verbindung zu bringen sowie sie mit politischen Oppositionsparteien in Verbindung zu bringen, um ihre Unabhängigkeit in Frage zu stellen, wobei sie sich restriktiver Gesetze und des Strafrechts bedienen, um sie nach der Logik des inneren Feindes zu verurteilen, zu verfolgen und zu kriminalisieren.

DER ZIVILGESELLSCHAFTLICHE UND DEMOKRATISCHE RAUM IN VENEZUELA BLEIBT BEDROHT

Das Umfeld für die Verteidigung, Einforderung und Förderung der Rechte ist nach wie vor ungünstig und feindlich. Die Umsetzung restriktiver rechtlicher und faktischer Maßnahmen, die dem zivilen und demokratischen Raum zuwiderlaufen, erhöht die Risiken für Menschenrechtsverteidiger*innen und -organisationen.

Das erste Quartal war durch neue Drohungen seitens der Legislative gekennzeichnet. Im Januar machte das Parlament Fortschritte mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Kontrolle, Regulierung, Leistung und Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen und verwandten Organisationen sowie mit der Ankündigung der Vorlage eines neuen Gesetzentwurfs mit dem Titel Gesetz gegen Faschismus, Neofaschismus und ähnliche Phänomene.

Beide Gesetzesentwürfe stellen die jüngsten Fortschritte des Staates bei der Vertiefung der Schließung des zivilen und demokratischen Raums dar. Wenn sie angenommen werden und in Kraft treten, wird die rechtliche Funktionsfähigkeit von Menschenrechts- und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Venezuela gefährdet, da sie erneut Versuchen ausgesetzt sein werden, ihre Arbeit im Rahmen der Ausübung der Zusammenarbeit und ihrer Aktivitäten der Anprangerung, Verteidigung und Einforderung von Rechten zu kriminalisieren, und die Möglichkeiten der Kriminalisierung nach der Logik des Feindes, die durch diese Gesetze geschützt wird, werden zunehmen.

Wir warnen davor, dass die Rechtfertigung dieser Art von Gesetzgebung, die sich auf die Notwendigkeit des Schutzes der Nation und ihrer Souveränität gegen Einmischung, destabilisierende und terroristische Aggressionen stützt und auf der These des inneren Feindes basiert, die auf den Schutz der nationalen Sicherheit ausgerichtet ist, die Risiken für die Zivilgesellschaft erhöht und die Grundlage für die Verwirklichung von Aggressionen im Rahmen der bestehenden Politik der Kriminalisierung, der Repression und der sozialen Kontrolle darstellt. Die Ankündigung dieser normativen Fortschritte bedroht nicht nur die Handlungsfähigkeit der Organisationen im Rahmen der Legalität und der Unabhängigkeit, sondern hat auch zu einer Zunahme und Materialisierung anderer Angriffe und Vorfälle geführt. In diesem Quartal fielen die anhaltende Stigmatisierung, die zunehmende Einschüchterung, Belästigung und Bedrohung auf.

KRIMINALISIERUNG DER VERTEIDIGUNG, FORDERUNG UND FÖRDERUNG VON MENSCHENRECHTEN

Das erste Quartal des Jahres war gekennzeichnet durch Stigmatisierung, Drohungen und Akte der Einschüchterung und Belästigung gegen die Menschenrechtsbewegung, Handlungen, die direkt die Integrität und Sicherheit von Menschenrechtsverteidiger*innen und -organisationen gefährden und Handlungen darstellen, die darauf abzielen, Angst in der Zivilgesellschaft zu erzeugen, damit diese aus Angst, Opfer einer repressiven Politik der Kriminalisierung und sozialen Kontrolle zu werden, nicht aktiv wird. In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass die Behörden und die verschiedenen Regierungsstellen durch ihr Handeln und ihre Unterlassungen für das Zustandekommen von Übergriffen und die Umsetzung der Muster verantwortlich sind, die die Politik der Kriminalisierung ausmachen.

Die Aggressionen und Angriffe, die das Leben, die Freiheit und die persönliche Integrität der Opfer beeinträchtigen, gehen weiter. Die Maßnahmen des Staates, die darauf abzielen, den zivilen und demokratischen Raum zu beschneiden, beeinträchtigen ernsthaft die operativen Kapazitäten und Handlungsmöglichkeiten der Menschenrechtsorganisationen und -verteidiger*innen, die ihre Aktivitäten unter der

Angst ausüben müssen, Opfer der Politik der Kriminalisierung, Repression und sozialen Kontrolle zu werden.

Der venezolanische Staat geht weiterhin gegen die Zivilgesellschaft vor, da sich das Land den in der zweiten Jahreshälfte stattfindenden Wahlen nähert. Die CDJ betont, dass die Arbeit zum Schutz der Rechte in einem Land wie Venezuela von entscheidender Bedeutung für die Wiederherstellung der demokratischen Institutionen und die Erlangung von Gerechtigkeit, Wahrheit und Wiedergutmachung für die begangenen Verstöße ist.

Die CDJ fordert ein sicheres und förderliches Umfeld für die Ausübung dieser Rechte. Der Staat und alle mit seiner Zustimmung und Duldung handelnden Akteure müssen Einschüchterungen, Schikanen, Stigmatisierungen und Drohungen unverzüglich einstellen. Restriktive Vorschriften müssen aufgehoben werden.

Wir laden Sie ein, den Bericht herunterzuladen und die Einzelheiten zu lesen:
<https://centrodefensores.org.ve/wp-content/uploads/2024/04/CDJ-PrimerTrimestre2024.pdf>
Quelle: CDJ

Übersetzt von der Chile/Venezuela Koordinationsgruppe - verbindlich ist das Original:
<https://www.amnistia.org/ve/blog/2024/04/26364/418-violaciones-al-derecho-a-defender-derechos-humanos>